

Namen & Nachrichten

Würzburg: Ehrung für Schuster
Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Würzburg, Josef Schuster, ist am 7. September für seine Verdienste um die jüdische Gemeinschaft vom Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Es sei „ein Ansporn, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen“, sagte Schuster, der auch Präsident des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Bayern sowie Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland ist. Er sehe in der Auszeichnung auch einen Beleg dafür, daß die Arbeit für ein lebendiges jüdisches Gemeindeleben in Deutschland erwünscht ist. ja

Vorstandswahl in Osnabrück
Die Jüdische Gemeinde Osnabrück hat am 3. September einen neuen Vorstand gewählt. Mit absoluter Mehrheit wurden im Amt bestätigt: Michael Grünberg (1. Vorsitzender), Lea Mor (2. Vorsitzende), Inna Polak (Schriftführerin) sowie Matilda Bachmendo, Adim Chapochnik und Jeanne Drus. Neu im Vorstand ist Gennadi Malobrodski. Bei der Versammlung wurde auch die neue Web-Site der Gemeinde vorgestellt: www.juden-in-osna.de. Demnächst soll sie freigeschaltet werden. ja

Wiesbadener Jubiläum
Die Jüdische Gemeinde Wiesbaden feiert am kommenden Sonntag das 40jährige Bestehen ihres Gemeindezentrums in der Friedrichstraße. Im September 1966 war der Bau eingeweiht worden. Zwanzig Jahre zuvor hatte sich die Wiesbadener Gemeinde mit Hilfe amerikanischer Soldaten neu gegründet. Zur Jubiläumsveranstaltung um 14 Uhr in der Synagoge erwartet die Gemeinde unter anderem den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, sowie zahlreiche Landes- und Kommunalpolitiker. ja

Schwerin: 11.000 jüdische Kinder
Mit einer Aktion auf dem Bahnhofsvorplatz wird die Wanderausstellung „11.000 jüdische Kinder – mit der Reichsbahn in den Tod“ am 14. September in Schwerin beendet. Zehn Tafeln mit Fotos ermordeter Kinder sollen dabei von der Kützstraße durch den Hauptbahnhof zum Bahnhofsvorplatz getragen werden. Anschließend ist geplant, die Schicksale von 150 Kindern zu verlesen. Die Aktion sei auch als Kritik an der Bahn gedacht, die sich lange Zeit weigerte, in deutschen Bahnhöfen die Dokumentation der französischen Nazi-Jäger Beate und Serge Klarsfeld zu zeigen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte die Bahn kritisiert, weil sie die Ausstellung wegen Sicherheitsbedenken ins Bahnhofs-museum Nürnberg verbannt wollte. epd

Berichtigung

In der vergangenen Ausgabe ist uns auf dieser Seite in dem Artikel „Im Schatten der Loreley“ ein Fehler unterlaufen: Rabbiner Alfred Gottschalk leitete von 1971 bis 2000 nicht nur die Dependence des Hebrew Union College in Los Angeles, sondern die gesamte Hochschule. ja

Erfurt: EQUAL vermittelt Zuwanderern Deutschkenntnisse und Praktikumsplätze

VON INGA HETTSTEDT

Ein neues Leben wollten sie anfangen, in einem Land, das sie vor allem aus dem Fernsehen kannten. Ihren neuen Wohnsitz konnten sich Nadja und Rudolf Porytskyy nicht aussuchen. Per Brief bekamen sie ihn mitgeteilt – Erfurt.

Das Ehepaar aus Donezk in der Ukraine zog einen Atlas zu Rate, um die thüringische Hauptstadt auf der Landkarte zu finden. Am 2. Juni 2004 erreichten sie das Wohnheim in der Bodestraße. Jüdische Zuwanderer und Asylbewerber leben hier auf engstem Raum zusammen.

Dennoch fühlten sich Nadja und Rudolf Porytskyy schon bald in Erfurt wohl. „Die Stadt ist wie im Märchen“, sagt Nadja mit leuchtenden Augen. Und ihr Mann Rudolf erklärt: „Die ältesten Gebäude in Donezk sind 100 Jahre alt. Dagegen ist Erfurt ein Museum.“

Erst vor einem Monat tauschten Nadja und Rudolf Porytskyy ihr Zimmer im Wohnheim gegen eine Drei-Zimmer-Dachgeschoßwohnung im Osten der Stadt. In der hellen Küche lassen die beiden 46jährigen bei Tee und Kuchen die vergangene Zeit Revue passieren: Fünf Jahre mußten sie warten, ehe ihre Ausreise von den ukrainischen Behörden genehmigt wurde. Eine nervenaufreibende Zeit.

Nadja berichtet von Ausgrenzung. „Die meisten Menschen in Donezk waren freundlich. Aber dann erschienen die ersten Judensterne an den Haustüren, vereinzelt gab es Beschimpfungen.“ Das habe sie in ihrem Entschluß, wegzugehen, bestärkt.

Auch mit der Arbeit sei es immer schlechter geworden, sagt Rudolf. Der Diplomphysiker verdiente sein Geld zuletzt als Elektroniker. Oft habe er zwölf Stunden gearbeitet, aber das Geld sei stets knapp und der Job unsicher gewesen. Nadja, von Haus aus Chemikerin, arbeitete als Verkäuferin. Das angestrebte Studium der Tochter wäre einem Griff nach den Sternen gleichgekommen. „Sie hätte dort keine Zukunft gehabt“, sagt Nadja. Inzwischen besucht Irina seit zwei Jahren das Albert-Schweitzer-Gymnasium. „Jetzt kommt sie sogar in den Spezialschulzweig“, berichtet ihr Vater stolz – ein Privileg, das nur den Besten zukommt. Doch eines macht die Eltern traurig: daß Irina kein Deutsch mit ihnen spricht. „Sie sagt immer, unser Deutsch sei so schlecht.“ Dabei haben die Eltern inzwischen bereits zwei Deutschkurse besucht.

Ein Jahr nach ihrer Ankunft erfuhren Nadja und Rudolf Porytskyy in der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen von dem Projekt EQUAL. Die 2002 gegründete Gemeinschaftsinitiative wird aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Sie erprobt neue Wege, um Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitsuchenden auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen.



So könnte es für die Porytskys gern weitergehen: Nadja im Chemielabor und ihr Mann Rudolf am Elektronen-Mikroskop

Fotos: EQUAL

Bei EQUAL besuchten die beiden Porytskys einen zweiten Sprachkurs. Gemeinsam mit anderen jüdischen Zuwanderern und Asylbewerbern saßen sie auf der Schulbank. „Das war sehr schön. Die Lehrer waren qualifiziert und nett“, schwärmt Nadja. Und Rudolf ergänzt: „Juden, Christen, Muslime – wir haben alle zusammen Deutsch gelernt und viel unternommen.“

Mit EQUAL kümmert sich die Thüringer Projektgruppe „Arbeit und Bildung International“ um Asylbewerber und um jüdische Zuwanderer. „Fehlende Sprachkenntnisse und Schwierigkeiten bei der Anerkennung von beruflichen Abschlüssen“, nennt EQUAL-Mitarbeiter Frank Lipschik nur einige Probleme von Zuwanderern. Außerdem verlor viele durch jahrelange Erwerbslosigkeit ihre beruflichen Chancen.

Hier setzt das Projekt an. Nach einem sechsmonatigen Deutschkurs werden alle Teilnehmer an Praktikumsbetriebe vermittelt. Für die jüdischen Emigranten, die oft aus Ländern kommen, in denen früher Vollbeschäftigung herrschte, ist diese Arbeit mit großen Hoffnungen verbunden.

„Sicher eröffnet das Praktikum auch Möglichkeiten, aber feste Einstellungen sind die Ausnahme“, räumt Lipschik ein. Viele Betriebe könnten nur einstellen, wenn die Stellen finanziell gefördert würden. Andere Firmen wiederum setzen bereits auf den nächsten Praktikanten.

Nadjas Praktikum in einem Chemielabor endet diesen Monat. Während die Mitarbeiter von EQUAL in Verbindung zu dem Labor stehen, zeigt sich die 46jährige optimistisch: „Mein Chef hat gesagt, er wird versuchen, für mich einen Arbeitsplatz zu finden.“ Sie weiß trotz der unsicheren Zukunft: So ein Praktikum birgt eine große Chance – die Chance der Begegnung. Sprachkenntnisse werden verbessert, Kontakte geknüpft, Vorurteile werden abgebaut, und das Selbstwertgefühl steigt.

Galina Brodskaya hat ihr Praktikum bereits beendet und zeigt stolz ihr Arbeitszeugnis. Drei Monate arbeitete sie am Buffet in einer Kantine. „Ich habe Brote belegt, das Dessert gemacht, abgewaschen“, erzählt die temperamentvolle Frau. Man mag gar nicht glauben, daß sie sich noch vor kurzem kaum traute, Deutsch zu sprechen.

Die Arbeit habe Spaß gemacht, sagt sie. Doch sei es für ihre 54 Jahre zu stressig gewesen. Sie würde lieber bei einem Buffet-service oder in einem Café arbeiten. EQUAL sucht jetzt nach einem neuen Praktikumsplatz.

Von der Möglichkeit der Ausreise erfuhren Galina, deren Mann Jude ist, zufällig im Fernsehen. Vor zwei Jahren kamen sie aus St. Petersburg nach Erfurt. Gleich nach ihrer Ankunft wurde ihr Mann operiert. Der 66jährige ist schwer herzkrank. „Er wird wohl nie Deutsch lernen“, bedauert Galina. Während er im Krankenhaus lag, erledigte sie Behördengänge und fand eine Drei-Zimmer-Wohnung in einem Plattenbau im Erfurter Norden.

Der Lieblingsplatz ihres Mannes ist der Balkon. Dort steht auch die große Satellitenschüssel – ihr Tor nach Rußland. Daß ein Teil ihres Herzens immer noch in St. Petersburg ist, liegt auch daran, daß ihre Kinder dort bleiben müssen. Neben der Gesundheit ihres Mannes ist eine Arbeitsstelle Galinas dringender Wunsch. www.equal-thueringen.de

ISRAELS ZUKUNFT SICHERN

Zeigen Sie Ihre Verbundenheit mit Israel und machen Sie der nächsten Generation ein Geschenk. Mit Ihrem Testament zugunsten Israels helfen Sie die Zukunft des Landes zu sichern.

Seit mehr als 50 Jahren leistet der KKL Hilfe bei der Erstellung und Überarbeitung von Testamenten. Hierbei stehen die Interessen des Vererbenden und der Erben im Vordergrund. Der KKL vermittelt bei Bedarf gerne rechtliche Beratung, etwa zur Minimierung der Erbschaftssteuer oder bei Unklarheiten unter den Erben.

Vereinbaren Sie einen unverbindlichen Beratungstermin

Telefon: 069 - 97 14 02 11

in unserem Büro oder bei Ihnen.

Als Delegierter des Jüdischen Nationalfonds e.V. – Keren Kayemeth Lelsrael (KKL) berate ich Sie vertraulich in Erbschaftsangelegenheiten zugunsten Israels.

Ihr

Moshe Oppenheimer

Moshe Oppenheimer



JÜDISCHER NATIONALFONDS e.V.

Liebigstraße 24 · 60323 Frankfurt/M. · Tel. (069) 97 14 02-11 · Fax (069) 97 14 02-25

30.000 Euro Ersparnis

Rostock: Stadt will jüdisches Theater nicht mehr unterstützen

„Im kommenden Jahr wollen wir unser zehnjähriges Bestehen feiern“, sagt Michael Beitman-Korchagin, künstlerischer Leiter des Rostocker Jüdischen Theaters Mechaje. „Aber so, wie es jetzt aussieht, wird wohl nichts draus.“ Grund für den Pessimismus ist eine Stellungnahme der Rostocker Stadtverwaltung. Darin heißt es, daß im Haushaltsjahr 2007 die Zuschüsse für Vereine um zehn Prozent gekürzt und schließlich der gesamte Zuschuß in Höhe von 30.000 Euro gestrichen werden soll.

Hintergrund der Stellungnahme war ein Auftrag zur Prüfung der Effizienz des Theaters und möglicher Einsparpotentiale, den die Rostocker Bürgerschaft im Januar bei ihren Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept stellte. Obwohl festgestellt wurde, daß das kleine Theater mit rund 5.000 Zuschauern im vergangenen Jahr „effizient“ gearbeitet hat, sollte „im Rahmen der Eckwertevorgabe“ das Teilbudget Kultur neu errechnet werden.

Die Konsequenz für das Jüdische Theater und seine fünf Schauspieler: Es müßte

sich künftig dem Wettbewerb mit anderen Kultureinrichtungen der Stadt stellen und neue Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Für die Sprecherin von Mechaje, Manuela Balan, ist das Prüfergebnis ein Ding der Unmöglichkeit. In einem Offenen Brief schreibt sie: „Nachdem die kleine Truppe sich gegen viele Probleme behauptet hat, soll sie nun quasi als Geburtstagsgeschenk von ihrer Heimatstadt stillgelegt werden.“ Dies passe weder zum Bild der Hansestadt, die sich gern weltoffen präsentiere, noch drücke es das so oft betonte Engagement der demokratischen Parteien gegen rechte Bestrebungen und für mehr Toleranz aus. „Damit macht man das einzige jüdische Theater des Landes kaputt“, sagt Balan.

Deutliche Worte, die auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Rostock, Jury Rozov, unterstützt. „Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Stadt Rostock, dem Kultusministerium in Schwerin und dem Zentralrat der Juden in Deutschland daran gearbeitet, eine stabile Finanzierung des Theaters zu realisieren.“

Der nun vorliegende Beschlüßvorschlag der Stadt deutet darauf hin, daß speziell das jüdische Theater getroffen werden soll.“

Die Fraktionsvorsitzende des in der Bürgerschaft vertretenen Rostocker Bundes, Sybille Bachmann, nennt das Ganze „ein Politikum“. Sie fordert den Oberbürgermeister auf, die Zuschüsse für das jüdische Theater nicht zu streichen. Rostocks Kultursenatorin Ida Schillen (PDS) hält den Vorschlag für verantwortungslos. „Mit mir wird es keine Streichung geben.“ Es gebe einen Vertrag mit der Jüdischen Gemeinde, der auch die Förderung des Theaters beinhaltet. Da könne man nicht einfach einen Teil rausnehmen und aufkündigen, so Schillen. Laut Vertrag bekommt Mechaje eine jährliche Förderung von 83.000 Euro. Der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Hansestadt Rostock beteiligen sich mit je 30.000 Euro und das Land Mecklenburg-Vorpommern mit 23.000 Euro.

Im Theater selbst gibt man die Hoffnung nicht auf. „Wir haben doch so viel vor“, sagt Beitman-Korchagin. *Manuela Pfohl*